

Alljährlich müssen wir erleben, dass der Landrat seine Rede zur Einbringung des Haushalts dazu nutzt, sich selbst und den Kreis Steinfurt über den Grünen Klee zu loben. Klappern gehört zwar zum Handwerk, jedoch sollte man dabei nicht völlig Bescheidenheit und Selbstkritik aus den Augen verlieren. Da ist es dann die Aufgabe der Opposition diese Lücken zu füllen und die vielen Steilvorlagen anzunehmen.

Wir sind „in der Spitzengruppe Deutschlands“ so wörtlich die Botschaft des Landrats. Das mag ja in einigen positiven Bereichen so zutreffen, dann dürfen Sie, Herr Landrat, aber auch nicht die Augen davor verschließen dass der Kreis Steinfurt auch Spitzenreiter bei der Zunahme von Mastplätzen* für Massentierhaltung, bei der Belastung des Grundwassers sowohl durch Nitrat als auch Pestizide und bei der Abnahme der Artenvielfalt ist. (*1.000.000 Mast-Schweine)

Und beim Lohnniveau ist der Kreis Steinfurt eher Mittelmaß und liegt unter dem Landesdurchschnitt. Von Spitzenposition auf der ganzen Linie kann also keine Rede sein.

Und dass im Kreis Steinfurt 47.800 Menschen unter einem „Mindestlohn“ von 8,50 € beschäftigt sind (WN 10.07.2013), ist auch kein Aushängeschild für uns.

Und dass es hier im Kreis 15.400 Erwerbsfähige Leistungsberechtigte gibt, sollten Sie auch nicht verdrängen. Es geht hier um Menschen, die zwar einer geregelten Arbeit nachgehen, aber davon nicht leben können. (eLb: Ergänzter/Aufstocker): (5,3%) (Nov. 2013)

Und was ist an Ihrer Behauptung dran, dass die Trendwende bei den vom Kreis zu beeinflussenden Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen sei gelungen. Dabei habe es keine Verschlechterung gegeben.

Herr Landrat, den Beweis, dass es „keine Verschlechterungen“ gegeben hat, sind Sie uns noch schuldig geblieben!

Aus rein HH-wirtschaftlicher Sicht sind unsererseits die Einsparungen im Bereich Soziales und Jugendhilfe grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings fehlt es uns hier an Transparenz. Uns ist nicht klar geworden, ob sich mit den Umstrukturierungsmaßnahmen nicht nur monetäre Verbesserungen für den Kreishaushalt, sondern auch qualitative Verbesserungen für die Kinder und Jugendlichen ergeben haben. Immer wieder kommen uns Klagen von Eltern und LehrerInnen zu Ohren, dass der „Förderungswille“ des Kreises sukzessive zurückgeht und man befürchtet, dass die Kinder und Jugendlichen nicht so unterstützt werden wie es vonnöten wäre. Hier wünschen wir uns alsbald belegbare Nachweise, dass sich neben der wirtschaftlichen Bilanz auch die Qualität der Angebote verbessert oder zumindest nicht verschlechtert hat.

Der Kreis hat mit der Präventionskonferenz einen guten und wichtigen Anfang gemacht. Fachleute, Anbieter, Verwaltung und Politik konnten in konstruktiver Atmosphäre ins Gespräch kommen um die notwendigen Konzepte und Angebote für Kinder und Jugendliche zukünftig gemeinsam anzustoßen und zu entwickeln. Wir erhoffen uns eine Fortsetzung dieser Veranstaltung.

Über die geplante Gründung des Sozialunternehmens freuen wir uns. Wir halten das für einen logischen weiteren inklusiven Baustein. Wenn es uns gemeinsam gelingt, das Sozialunternehmen auf einen guten Weg zu bringen, wird es ein Gewinn für die Menschen sein, die davon profitieren können. Wir wünschen uns aber auch hier eine konsequente und umfassend transparente Berichterstattung und Begleitung. Wir möchten hier aber auch nochmals betonen, dass uns sehr daran gelegen ist, mit den Trägern der Freien Wohlfahrt im Gespräch zu bleiben und diese weitestgehend zu beteiligen.

Für die Förderschulen wird es in den nächsten Jahren einige Herausforderungen geben. Dabei ist die Gestaltung des Inklusionsprozesses entscheidend. Wir begrüßen es, dass der Kreis eine Schulentwicklungsplanung auf den Weg bringen wird. Das wollen wir als Politik eng begleiten. Dabei wird uns das Wohl aller Kinder am Herzen liegen. Das Land hat nun den Rahmen abgesteckt und wir können vor Ort eine zukunftsfähige Schullandschaft mitgestalten. Dabei wollen wir Grüne alles unterstützen, was eine inklusive Beschulung fördert. Das ist der Auftrag der UN-Konvention. Wir Grüne sehen dabei aber auch die Chance in unserem Flächenkreis für eine dezentrale, inklusive und bestmögliche individuelle Förderung aller SchülerInnen sorgen zu können. Hierbei sollen die Schulträger, die Eltern und Lehrer/innen möglichst überzeugt, mitgenommen und beteiligt werden.

Die Steuerung von Personalkosten über politische Beschlüsse des Kreistages ist eine heikle Angelegenheit. Denn unsere Bemühungen die Personal- und damit die Versorgungsaufwendungen einzugrenzen, wird gerne als Missachtung der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung gedeutet. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, wir schätzen die Arbeit, die durch die Menschen in unserer Verwaltung geleistet wird. Wir sind jedoch auch in der Verantwortung, bei den Personalkosten die schon heute absehbaren kaum zu erwirtschaftenden Folgekosten für künftige Generationen in den Blick zu nehmen.

Die Ernsthaftigkeit, Herr Landrat, mit der Sie Anforderungen neuer Stellen aus den Ämtern innerhalb der Verwaltung prüfen, stellen wir nicht in Frage. Wir fordern aber, dass die Ausweitung von Aufgaben in den Fachausschüssen frühzeitig fachlich begründet wird. Eine nachgeholte Berichterstattung, wie sie uns im Verlauf der Haushaltsplanberatung zum Wallhecken-Management zugesagt wurde, werden wir zukünftig nicht mehr hinnehmen.

Auch weisen wir die hier schon zur Tradition gewordene Beschimpfung von Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern entschieden zurück. Es ist neben der berechtigten Frage nach der Mittelverwendung, auch unerlässlich, den MitarbeiterInnen dort unsere Wertschätzung für deren Arbeit am Menschen zu Teil werden zu lassen. Und was Herr Dr. Sommer verharmlosend als „provokante These“ einfließen lässt, gefährdet eine notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Sozial- und Jugendarbeit. Nicht Ihre Forderung nach Transparenz lehnen wir ab, aber Ihr Ton macht die Musik.

Da der Vorschlag der Kreisverwaltung, zwei Otto-Modersohn-Gemälde aus Kreisbesitz zur Anfinanzierung einer Überdachung für den Innenhof von Kloster Gravenhorst zu verkaufen für jeden an Kunst Interessierten auch grundsätzliche Bedeutung, möchte ich Ihnen ein Zitat aus berufenem Munde nicht vorenthalten:

„Ihr Kreisdirektor sollte nur einmal die letzte Nummer der Zeitschrift der Kulturstiftung der Länder "Ars pro toto" durchblättern mit entschiedenen Argumenten gegen den Verkauf von Kunstwerken in öffentlichem Besitz, um zu sehen, wie schwachsinnig seine Argumente sind. Ich persönlich fühle mich auch betroffen als Initiator der "Westfälischen Galerie" im Kloster Bentlage, dass so sorglos mit originär westfälischem Kulturgut umgegangen wird. Wir haben im Landesmuseum alles getan, um auch noch das letzte verfügbare Bild von Otto Modersohn, vor allem, wenn es eine direkte Beziehung zu seiner Heimat hatte, zu sichern. Diese Verschleuderung von öffentlichem Kunstbesitz ist skandalös.“ (Prof. Dr. Klaus Bußmann, ehemaliger Direktor des Westfälischen Landesmuseums in Münster, 7. Dezember 2013)

In unseren Augen hat die Kreisspitze in dem, was hier gelaufen ist, ein mehr als peinliches Bild nach außen vermittelt – und wir erwarten, dass künftig in solchen Fragen rechtzeitig der Rat von Experten eingeholt wird - und dies nicht im Rahmen der Haushaltsplan-Beratungen, sondern frühzeitig im Fachausschuss zu diskutieren. Sie verspielen ansonsten mit unserem kulturellen Erbe auch unseren über lange Zeit aufgebauten Ruf einer selbstbewussten Kulturregion.

Da ist es geradezu banal ein Kunstwerk von derartigem Rang als Deckungsvorschlag für eine Innenhofbedachung heranzuziehen. Denn diese soll der Wirtschaftlichkeit der Einrichtung Kunsthaus Gravenhorst dienen. Es geht dabei nicht um Kunst, sondern um externe Veranstaltungen von betuchten Mieter. Das ist doch eher Wirtschaftsförderung. Da müsste der Betrag auch angesetzt werden.

Mit dem neuen Pakt für den Sport geht die Sportentwicklung im Kreis Steinfurt einen guten Schritt weiter. Auch wenn erst mal kein zusätzliches Geld fließt, ist es eine Chance für den Kreissportbund und seine Vereine die Möglichkeiten der Vereinbarung zu nutzen. Das könnte den Sport und damit auch die positiven Auswirkungen für die Menschen im Kreis voranbringen. Daher begrüßen wir auch die Aufnahme des KSB in die Gesundheits- und Pflegekonferenz und sind gespannt auf die von dort zu erwartenden Anregungen.

Die vielen Grünen Mäntelchen des Landrats schmücken zwar munter die wohlwollende Presseberichterstattung. Tatsächlich tritt jedoch beim Landrat vorwiegend Aktivismus an die Stelle von nachhaltigen Strategien und Projekten:

Fakt ist zwar, dass der Kreis Steinfurt seit Jahren Programme und Veranstaltungen zum Bodenschutz organisiert, allerdings ohne dass das bis heute positive Effekte auf den Flächenverbrauch und die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit gehabt hätte. Im Vergleich mit dem NRW-Landesdurchschnitt liegt der Flächenverbrauch im Kreis ST sogar doppelt so hoch.

Fakt ist zwar, dass der Kreis Steinfurt eine Naturschutzstiftung vorhält, diese allerdings die Ausgleichsflächen für Naturverbrauch vorhält und insofern nicht wirklich Naturschutz betreibt. Und bei der Erstellung von Landschaftsplänen ist der Kreis Steinfurt ohnehin das Schlusslicht im Münsterland.

Fakt ist, dass der Kreis Steinfurt umfangreich in die Förderung des ländlichen Tourismus investiert, während allerdings Maismonokulturen das Landschaftsbild zunehmend prägen und Gülle- und Pestizidgestank das Atmen schwer machen.

Fakt ist zwar, dass sich der Kreis Steinfurt auch im Sinne regionaler Wirtschaftsförderung für den Ausbau regenerativer Energien einsetzt, allerdings bei der Anlage der Gelder in den Tochtergesellschaften aus „finanzstrategischen“ Gründen auf Großkonzerne setzt, die klimaschädliche und umweltzerstörerische Unternehmenspolitik betreiben.

Fakt ist zwar, dass der Landrat von Nachhaltigkeit spricht, allerdings bei der Umsetzung des Tarifreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen NRW seine Spielräume zugunsten sozialer Gerechtigkeit, fairem Handel und dem Schutz der Umwelt nicht nutzt. Er zieht sich auf gesetzlich vorgeschriebene Mindeststandards zurück und vertut dabei die Chance, hier eine Vorbildfunktion zu übernehmen.

Stolz verweist der Landrat auf seine Veranstaltung zum Thema Suffizienz „Wie wollen wir morgen leben?“ Aber: Schon die Frage ist falsch gestellt, da sie die Wirklichkeiten verkennt. Daher wünschen wir uns eine Veranstaltung mit dem Titel „Wie müssen wir heute leben, damit folgende Generationen überleben.“ Ein genügsamer Lebensstil ist auch ein individueller Gewinn, aber den Verlockungen des Marktes (der eben nicht alles regelt) unterliegen eben viele Menschen.

Und daher brauchen wir nicht noch mehr Freiheit, sondern mehr staatliche Rahmenseetzungen, die in den Regionen und vor Ort mit Inhalt zu füllen und zu gestalten sind, so wie das bei der Energiewende bislang der Fall war. Und da war der Kreis Steinfurt eigentlich vorbildlich. Der Landrat vertritt allerdings die Meinung, dass „Vorgaben von oben uns eher behindern als unterstützen“. Das ist allerdings eine Frage des Blickwinkels. Wir wollen definitiv klare Regelungen zur industriellen

Massentierhaltung, zum Klimaschutz und zum Schutz unserer Böden und unseres Grundwassers. Das würde Ihnen Herr Landrat den Rücken stärken gegenüber dem gnadenlosen Lobbyismus der konventionellen Landwirtschaft.

Aber wollen Sie das überhaupt? Sind Sie noch in der Lage die Widersprüche Ihres Handelns zu überwinden?

Es verträgt sich nicht mit einem Agenda Kreis, wenn hier vom Landrat eine Landwirtschaft protegiert wird, die

- mit Billigexporten die Einkommensgrundlagen der Ärmsten dieser Welt zerstört
- mit dem Import von Futtermitteln - wie Soja - aus Übersee der Landbevölkerung dort ihre Äcker raubt und den Regenwald zerstört
- mit Pestiziden und Monokulturen den Verlust unserer Biodiversität verursacht
- mit Gift und Gülle unser Grundwasser und unsere Böden verseucht
- mit Treibhausgasen (vor allem Methan) in erheblichem Umfang zum Klimawandel beiträgt
- bei der Tierhaltung Artgerechtigkeit und Tierschutz vernachlässigt

Dies führt uns zu der Frage, ob der Kreis eigentlich im notwendigen Umfang seinen Kontrollpflichten nachkommt. Der Kreis ist als Untere Staatliche Behörde verpflichtet, sich z. B. um den Wasserschutz und um den Tierschutz zu kümmern. Wie ist es dann möglich, dass es Missstände im bekannt gewordenen Umfang gibt? Wieso reichen 11 Vollzeitstellen für Tierärzte im Kreisveterinäramt nicht aus, um einen Mindeststandard an Tierschutz in den Mastanlagen umzusetzen? Wie ist es zu erklären, dass diese Tierärzte es nicht geschafft haben dafür Sorge zu tragen, dass das Verbot der Kastensauenhaltung ab 01.01.2013 im Kreis umgesetzt wurde?

12 Jahre war Zeit für diese Umstellung, da hätten konsequente Kontrollen eigentlich dafür sorgen können, dass das geltende Recht auch eingehalten wird. Und die Kreisverwaltung hat keine Probleme dabei zuzugeben, dass sie bei Kontrollen nach dem Stichtag noch Gesetzesverstöße von 25% festgestellt hat. Und wenn sie dann jenseits des Gesetzes auch noch Umstellungsfristen gewährt, bewegt sie sich außerhalb des Gesetzes! Wir erwarten, Herr Landrat, dass Sie hier pflichtgemäß tätig werden.

Nimmt man Anspruch und Wirklichkeit in den Blick, darf man natürlich nicht nur die Landwirtschaft betrachten.

So redet der Landrat von Klimaschutz und baut gleichzeitig immer noch neue Straßen anstatt auf nachhaltige Mobilität zu setzen. Wir vermissen ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept!

Der Landrat redet von Nachhaltigkeit empfiehlt aber, zur wirtschaftlichen Erholung des FMO durch häufigeres Fliegen beizutragen. Wir wollen keine Ausweitung des Flugverkehrs am FMO! (Die Startbahnverlängerung ist ohnehin tot.)

Ein Sozialticket könnte nachhaltige Mobilität und die Chance auf soziale Teilhabe aller Menschen im Kreis sichern. Doch die politische Mehrheit blockiert dieses und schränkt damit gerade die Einkommensschwachen in ihrer Mobilität ein. Wir wollen nach wie vor ein Sozialticket für den Kreis Steinfurt.

Seit geraumer Zeit versucht die Fraktion der GRÜNEN in den Haushaltsplanberatungen Wege zu entwickeln, um aus dem traditionellen Umgang mit Haushalten kameralistischer Prägung zu einer zeitgemäßen Steuerung des Haushaltes zu kommen. Unsere heutigen Anträge zum Haushalt spiegeln unser Bemühen wider, die Zielsetzungen des NKF auch auf der politischen Seite anzupacken. Das stößt leider auf wenig Gegenliebe. Zusätzliche Informationen zum Haushalt, die einen besseren Überblick ermöglichen, werden aus Kostengründen verwaltungs- und fraktionsübergreifend abgelehnt. Dabei würden dadurch nur Mehrkosten von etwa 3500,- € verursacht. Ist das ein zu hoher Preis für mehr Transparenz?

Verbesserungswürdig ist auch die Auseinandersetzung der Verwaltung mit dem Haushaltsplan. Der Umgang mit Produktbeschreibungen, Zielformulierungen und Kennzahlen sowie die Umsetzung politischer Beschlüsse in das Instrument NKF-Haushalt lässt viele Fragen offen. Dabei ist doch der Haushaltsplan das Steuerungsinstrument für die Politik.

Mit unseren Anträgen zur Formulierung von strategischen und operativen Zielen in den Produkten soll auch auf die unterschiedliche Zielstrebigkeit, mit der in der Verwaltung agiert wird, hingewiesen werden. Wir hoffen aber auch, dass sich bei den anderen Fraktionen ähnliche Ansätze entwickeln, so dass es zu einem echten Dialog und zu echten Debatten über den Haushaltsplan kommt und sich die Haushaltsberatungen damit aus dem Klein-Klein kameralistisch geprägter Anträge emanzipiert.

Abschließend möchten wir allen in der Kreisverwaltung danken, die sich mit unseren Anträgen und Anfragen befassen mussten und diese qualifiziert bearbeitet haben.

Und natürlich gilt unsere Anerkennung allen, die zur Aufstellung des Haushaltsplanes beigetragen haben, allen voran natürlich die Kämmerei.

Helmut Fehr

Steinfurt, 16.12.2013